

## Antrag

auf Förderung von Projekten und Maßnahmen der Regionalentwicklung  
und zur Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels für **2023**

### 1. Antragstellung

der Antrag ist schriftlich im Original einzureichen bei:

Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft  
Werner-Seelenbinder-Straße 8  
99096 Erfurt

Zusätzlich ist der Antrag per Mail zu senden an:

poststelle@tmil.thueringen.de

Betreff: Antrag Förderung Regionalentwicklung/Demografie

Eingangsvermerke:

### 2. Antragsteller

Name, Vorname/Firma/Institution:

vertreten durch:

handelnd im Auftrag folgender Kooperation:

Straße:

Postleitzahl, Ort:

Ansprechpartner:

Telefon:

Mailadresse:

### 3. Projektträger (nur ausfüllen wenn abweichend vom Antragsteller)

Name, Vorname/Firma/Institution:

vertreten durch:

Ansprechpartner:

Straße:

Postleitzahl, Ort:

Telefon:

Mailadresse:

Ich/Wir wünsche(n) eine Eingangsbestätigung.

**4. beantragter Fördergegenstand:**

Name des Vorhabens/Projekttitlel:

--

**5. Art des Vorhabens** (Zutreffendes ankreuzen, nur ein Kreuz in A oder B oder C):**5.1 Vorhaben nach Teil A Regionalentwicklung:**

- A1 Die Erstellung und Fortschreibung von Konzepten, Strategien und Maßnahmen zur Vorbereitung oder Verwirklichung von Raumordnungsplänen auf Ebene des Landes bzw. der Planungsregionen oder sonstiger raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen:
- Regionale Entwicklungskonzepte oder darüber hinausgehende Konzepte aus Kooperationen, an denen die betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften beteiligt sind, jeweils nach Maßgabe der inhaltlichen Mindestanforderungen gemäß Anlage 1,
  - Regionale Entwicklungsstrategien zur Sicherung oder Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, jeweils nach Maßgabe der inhaltlichen Mindestanforderungen gemäß Anlage 1,
  - Konzepte zur Stabilisierung bzw. Entwicklung der Zentralen Orte als Ankerpunkte und Impulsgeber sowie der Gemeinden mit einer überörtlich bedeutsamen Gemeindefunktion,
  - Konzepte zur Entwicklung der mittelzentralen Funktionsräume als Verantwortungsgemeinschaft zwischen Zentrum und Umland, insbesondere zur Sicherung der Daseinsvorsorge unter den Bedingungen des demografischen Wandels,
  - Regionale Entwicklungsprogramme zur Umsetzung von Raumordnungsplänen bzw. sonstigen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen,
  - Fachübergreifende und überörtlich bedeutsame Konzepte, Strategien und Maßnahmen, die sich aus Entscheidungen des Landtags, der Landesregierung und der obersten Landesbehörden ergeben.
- A2 Standortuntersuchungen, Zustandsanalysen, Machbarkeitsstudien und Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen zu den unter A1 genannten Inhalten sowie zu regional bedeutsamen Projekten, die aus bestehenden Konzepten hervorgehen.

A2 wird auf der Grundlage folgender bestehender Konzeption beantragt:

- A3  Die Vorbereitung von Anträgen für nationale und transnationale Fördervorhaben und -projekte zu den unter A1 genannten Inhalten.

A3 wird auf der Grundlage folgender bestehender Konzeption beantragt:

- A4  Die Umsetzung von regional bedeutsamen Schlüsselprojekten und -maßnahmen, die aus A1 bzw. A2 hervorgehen und fachlich der Verantwortlichkeit des für Regionalentwicklung zuständigen Ministeriums entsprechen.

A4 wird auf der Grundlage folgender bestehender Konzeption beantragt:

- A5  Die Prozessbegleitung (Umsetzungsmanagement) für Vorhaben nach A4 kann für einen Zeitraum von bis zu drei Jahren gefördert werden. Die Förderung der Prozessbegleitung kann in begründeten Fällen ausnahmsweise zwei Mal um jeweils bis zu drei Jahre fortgesetzt werden.

## **5.2 Vorhaben nach Teil B: Förderung von Maßnahmen und Projekten zur Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels**

- B1  Projekte, Maßnahmen und Vorhaben, die dazu beitragen, die Folgen des demografischen Wandels aktiv und proaktiv auf dem Gebiet des Freistaats Thüringen zu gestalten.

- B2  Vorhaben, die der nachhaltig und langfristig angemessenen Daseinsvorsorge, der Verbesserung der Lebensqualität sowie der sozial gerechten Teilhabe an der Gesellschaft dienen. Dazu zählen Einzelmaßnahmen sowohl mit interkommunalem Ansatz als auch auf lokaler Ebene unter anderem für folgende Bereiche:

- Die Implementierung von Nutzungskonzepten für multifunktionale oder generationenübergreifende Infrastruktureinrichtungen (Umbau, Rekonstruktion und Nutzungsänderung), die zur Stabilisierung örtlicher Siedlungsstrukturen und Versorgungseinrichtungen beitragen,
- Maßnahmen zur verstärkten Aktivierung und Weiterentwicklung gemeindespezifischer Ressourcen,
- Anschubinvestitionen bzw. Maßnahmen als Beitrag eines Gesamtprojektes von örtlichen Gemeinschaften, Vereinen und Verbänden, die dem Erhalt, der Aktivierung und Stärkung von Strukturen bürgerschaftlichen Engagements dienen,
- Maßnahmen zur Bereitstellung von Angeboten an einem Standort bei gleichzeitiger Nutzung durch unterschiedliche Zielgruppen,
- Maßnahmen zur wohnortnahen Versorgung mit öffentlichen und privaten Dienstleistungen und zur Sicherung einer sozial gerechten Teilhabe an der Gesellschaft für alle Bürgerinnen und Bürger, ausgenommen die Errichtung oder der Ausbau von Telekommunikationsinfrastruktur,
- Maßnahmen, in denen sich öffentliche Gewährleistungspflichten und bürgerschaftliches Engagement ergänzen (Aufgabenteilung),
- Maßnahmen zur Verbesserung der Erreichbarkeit und Mobilität,

- die Erarbeitung von Konzeptionen und Analysen im Zuge der Vorbereitung oder Evaluation eines Vorhabens.

### 5.3 Vorhaben nach Teil C - Modellprojekte

C1 Projekte und Maßnahmen, die einen neuartigen Beitrag zur:

- Herstellung oder Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse oder
- Sicherung der Daseinsvorsorge

unter den Bedingungen des demografischen Wandels in Thüringen leisten und den Erfordernissen der Raumordnung entsprechen.

Neuartige Projekte und Maßnahmen sind z. B. modellhafte, regional angelegte Kooperationen, innovative Herangehensweisen an interkommunale oder lokale Herausforderungen, die Etablierung von unerprobten Projektträgerschaften oder die Weiterentwicklung bestehender Daseinsvorsorgestrukturen.

Besonderer Wert wird auf eine kooperative, möglichst interkommunale Projektträgerschaft, die Einbeziehung von bürgerschaftlichem Engagement und die Verknüpfung mehrerer Handlungsfelder gelegt.

## 6. Weitere Informationen zum Vorhaben

6.1 Projektpartner (bei Bedarf auf separatem Blatt ergänzen):

- 1.
- 2.
- 3.
- 4.
- 5.

## 6.2 Geplanter Projektzeitraum

Die Projektlaufzeit kann ab 01.01.2023 beantragt werden. Vorhaben nach Teil B müssen in 2023 abgeschlossen werden. Für Teil A und C kann die maximale Laufzeit bis Dezember 2025 beantragt werden.

Die Projektlaufzeit ist für den folgenden Zeitraum geplant:

von:                      bis:

Ich (Wir) beantrage(n) vorzeitigen Vorhabenbeginn:  nein  
 ja, ab:

aus folgenden Gründen:

**Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass bei einem vorzeitigen Vorhabenbeginn kein Anspruch auf eine Förderung abgeleitet werden kann. Der vorzeitige Maßnahmenbeginn erfolgt auf eigenes Risiko und wird nach Antragsprüfung separat bewilligt.**

## 6.3 Konkreter Bezug zur Landesplanung (nur für Teil A und Teil C ausfüllen)

Das Vorhaben hat in folgenden Punkten Bezüge zum Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025<sup>1</sup> (LEP 2025) sowie zum Regionalplan<sup>2</sup>:

Bezug zum LEP 2025<sup>1</sup>:

Bezug zum Regionalplan<sup>2</sup>:

## 6.4 Lage (nur für Teil A und Teil C ausfüllen)

Das Betrachtungsgebiet ist (ggf. nur in Teilen) ein im Landesentwicklungsprogramm 2025<sup>1</sup> (LEP 2025, Karte 2) ausgewiesenes Gebiet mit besonderen Entwicklungsaufgaben:

nein                       ja

<sup>1</sup> <https://infrastruktur-landwirtschaft.thueringen.de/unsere-themen/strategische-landesentwicklung/raumordnung-landesplanung/>

<sup>2</sup> Die Regionalpläne werden von den Regionalen Planungsgemeinschaften aufgestellt- Informationen unter: <https://regionalplanung.thueringen.de/>

## 7. Nachhaltigkeit

Wie stellen Sie sicher, dass die Ergebnisse eine Wirkung über den beantragten Projektzeitraum hinaus haben? *(Beschreiben Sie konkrete Maßnahmen, die während und nach der Projektlaufzeit diesbezüglich unternommen werden. Erläutern Sie, wie die Projektergebnisse nach Beendigung der Förderung weiter genutzt werden und wer verantwortlich für die Weiternutzung ist bzw. wer die Nutzungsrechte besitzt.)*

## 8. Folgende Anlagen sind dem Antrag beigefügt:

<u>Anlagen</u>	<b>zwingend erforderlich für:</b>
<input type="checkbox"/> Anlage 1: Ausführliche Projektbeschreibung auf der Grundlage der Anlage 1 (Mindestinhalte eines REK)	A1
<input type="checkbox"/> Anlage A, B oder C: Allgemeine Projektbeschreibung auf der Grundlage der Anlagen A, B oder C	Teil A2-5, Teil B, Teil C
<input type="checkbox"/> Anlage D: Stellungnahme(n) der zuständigen Regionalen Planungsgemeinschaft(en)	Teil A
<input type="checkbox"/> Anlage E: Finanzierung (Formblatt)	Teil A, Teil B, Teil C
<input type="checkbox"/> Anlage F: Nachweis der Sicherung des regionalen Eigenanteiles (Formblatt)	Teil A, Teil B, Teil C
<input type="checkbox"/> Anlage G: De-minimis – Erklärung <b>nur bei öffentlichen Unternehmen und sonstigen juristischen Personen des Privatrechts als Antragsteller</b> (Formblatt)	Teil A, Teil B, Teil C
<input type="checkbox"/> Anlage H: Datenblatt Controlling (Formblatt)	Teil A, Teil B, Teil C
<input type="checkbox"/> Anlage I: Erklärung zur Übertragung von Nutzungsrechten (Formblatt)	Teil A, Teil B, Teil C
<input type="checkbox"/> Anlage J: Erklärung zu subventionserheblichen Tatsachen (Formblatt)	Teil A, Teil B, Teil C
<input type="checkbox"/> Anlage K: Information zum Datenschutz	Diese Anlagen dienen der Information des Antragstellers und werden <b>nicht</b> zurückgegeben.
<input type="checkbox"/> Anlage L: Hinweise zu Art, Umfang und Höhe der Zuwendung	
<u>weitere Nachweise zum Projekt und zur Kooperation</u>	<b>Wenn zutreffend, erforderlich für:</b>
<input type="checkbox"/> Kopie der vertraglichen Grundlage der Kooperation (Vertrag, Vereinbarung, Satzung) <b>und Angabe zum Jahr der Gründung</b>	Teil A, Teil B, Teil C
<input type="checkbox"/> Vertrag über die Rechtsform der interkommunalen Kooperation gemäß Gesetz über die kommunale Gemeinschaftsarbeit	Teil A, Teil C
<input type="checkbox"/> Prüfergebnis der zuständigen Kommunalaufsicht, falls die zuvor genannte Vereinbarung neu geschlossen oder aktualisiert worden ist	Teil A, Teil C
<input type="checkbox"/> Bevollmächtigung des Antragstellers, als solcher im Namen der Kooperation handeln zu dürfen inkl. Unterschriften und Amtssiegel der KAG-Mitglieder	Teil A, Teil C
<input type="checkbox"/> Nachweis, dass die vom Vorhaben betroffene/n Gebietskörperschaft/en über das Vorhaben vor der Antragstellung in Kenntnis gesetzt wurden	Teil A, Teil C

<input type="checkbox"/>	Nachweis für die inhaltlich-fachliche Beteiligung von mindestens einer vom Vorhaben betroffenen kommunalen Gebietskörperschaft, <b>wenn es sich beim Antragsteller um eine staatlich anerkannte Glaubens- und Religionsgemeinschaft, sonstige juristische Personen des Privatrechts oder sonstige Körperschaft, Anstalt und Stiftung des öffentlichen Rechts handelt</b>	Teil A, Teil C
--------------------------	--	----------------

#### Zusätzliche Nachweise zur Finanzierung

<input type="checkbox"/>	Belege über Kostenvoranschlag, Angebot, Kostenschätzung, wenn vorliegend	Teil A, Teil B, Teil C
<input type="checkbox"/>	Bescheide weiterer Zuwendungsgeber, wenn zutreffend	Teil A, Teil B, Teil C
<input type="checkbox"/>	Haushaltssicherungskonzept für Antragsteller nach 4.1 und 4.2.der Richtlinie, <b>wenn Kommune finanzschwach und höhere Förderquote als 80 Prozent beantragt wird.</b>	Teil A, Teil C
<input type="checkbox"/>	Jahresabschluss der letzten drei Jahre für Antragsteller nach 4.1 und 4.2. Richtlinie, <b>wenn eine höhere Förderquote als 80 Prozent beantragt wird, die Kommune finanzschwach ist und kein Haushaltssicherungskonzept vorliegt</b>	Teil A, Teil C

#### Sonstige Anlagen

Weitere:



## 9. Erklärungen des Antragstellers

Ich/Wir erkläre/n dass:

- mit dem Vorhaben noch nicht begonnen wurde. Der Beginn wird erst nach Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides erfolgen.
- die Datenschutzhinweise der Anlage K zur Kenntnis genommen wurden.
- mir/uns kein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist. Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir verpflichtet sind, das unmittelbare Bevorstehen eines Insolvenzverfahrens unverzüglich mitzuteilen.
- mir/uns die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges nach § 264 StGB bekannt ist und Anlage J zur Kenntnis genommen und unterzeichnet wurde.

Mir/Uns ist bekannt, dass:

- der Antragsteller als Erstempfänger der Zuwendung diese an Dritte ganz oder teilweise weiterleiten darf (sofern im Zuwendungsbescheid geregelt), damit aber verpflichtet ist, die für ihn maßgebenden Bestimmungen, soweit zutreffend, auch dem Dritten aufzuerlegen (z. B. Erklärung zu subventionserheblichen Tatsachen, De-minimis-Erklärung).
- jede Abweichung von den Antragsangaben und jede förderrelevante Änderung meiner/ unserer Verhältnisse unverzüglich schriftlich der Bewilligungsbehörde mitzuteilen habe/n. Ebenfalls wird jede Nichteinhaltung von Zuwendungsvoraussetzungen, auch in Fällen höherer Gewalt, der Bewilligungsbehörde unter Angabe der Gründe unverzüglich schriftlich mitgeteilt.
- eine Zweckbindungsfrist für Bauten und bauliche Anlagen von mindestens zehn Jahren sowie für sonstige Investitionen von mindestens drei Jahren besteht, dass die geförderten Investitionen nur für den Zuwendungszweck zu verwenden sind und über sie vor Ablauf der im Zuwendungsbescheid festgelegten zeitlichen Bindung nicht anderweitig verfügt werden darf.
- nach der Erstellung von Konzepten, Studien, Gutachten in den drei Jahren, die auf das Ende des Bewilligungszeitraumes folgen, jeweils zum Jahresende über das Fortbestehen der Kooperation und deren aktive Tätigkeit an die Bewilligungsbehörde zu berichten ist.
- die Originalbelege (Einnahme- und Ausgabebelege) über die Einzelzahlungen und die Verträge über die Vergabe von Aufträgen sowie alle sonstigen mit der Förderung zusammenhängenden Unterlagen fünf Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises aufzubewahren sind, sofern nicht nach steuerrechtlichen oder anderen Vorschriften eine längere Aufbewahrungsfrist bestimmt ist. Eine längere Aufbewahrungsfrist ergibt sich bei einer Zweckbindungsfrist von mehr als fünf Jahren.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Amtssiegel/Stempel

\_\_\_\_\_  
Amtssiegel/Stempel

\_\_\_\_\_  
Unterschrift Antragsteller

\_\_\_\_\_  
Unterschrift Projektträger